

11 Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 04.05.2025

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Politische Lage

1 Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Die Krisen unserer Zeit werden nicht weniger, indem man sie ignoriert – und doch stehen uns mit der neuen Regierung aus Union & SPD unter Bundeskanzler Merz Jahre von Stillstand und Rückschritt bevor. Ein Blick in den Koalitionsvertrag lässt dabei wenig Spielraum zur Interpretation. Diese Regierung wird keine Krisen lösen, sondern nur neue schaffen!

Eine ernsthafte Absenken der Emissionen in Deutschland, geschweige denn der nötige Systemwechsel auf dem Weg zur Klimaneutralität, ist in Deutschland unter dieser Regierung nicht ersichtlich. Sie setzt dagegen sogar auf die Rückabwicklung von notwendigen Maßnahmen im Kampf gegen die Klimakrise. Währenddessen werden Dürren und Starkregen in Deutschland immer häufiger und die Zahl der weltweit flüchtenden Menschen nimmt auch deswegen immer weiter zu.

Statt also die Klimakrise zu bekämpfen und Lösungen für die Integration flüchtender Menschen zu suchen, macht die schwarz-rote Koalition die Augen zu und redet lieber nach dem Mund der gesichert rechtsextremen AfD. Eine menschenfeindliche Migrations- und Asylpolitik, die Grenzen schließt und nicht nur grundlegende Menschenrechte und europäisches Recht, sondern auch das Leid von hunderten Tausenden Menschen ignoriert. Der schwarz-rote Kurs heißt Abschottung statt Menschenrechte und treibt einen zusätzlichen sozialen Spaltkeil in unsere Gesellschaft.

Auch für die hausgemachten sozialen Krisen in Deutschland gibt es keine tragfähigen Lösungen von der neuen Koalition. Mehr Mindestlohn? Wird schon wieder gecancelt, bevor der Vertrag überhaupt erst unterschrieben ist. Sozialer Wohnungsbau? Nur, wenn er Baukonzerne finanziert. Immer mehr Reiche und Superreiche? Ist doch nett, wenn mehr Leute mit Friedrich Merz Golf spielen können. Dadurch nimmt die soziale Ungleichheit immer weiter zu, die Vermögenden werden immer reicher und große Teile der Bevölkerung kommen mit ihrem Einkommen nicht mehr bis zum Monatsende. Diese soziale Spaltung sorgt dafür, dass Menschen sich abgehängt fühlen und anfällig für rechte Scheinlösungen werden. Statt weiter nach unten zu treten, treten wir nach oben und stellen uns dieser Politik des Rückschritts und der Menschenfeindlichkeit klar entgegen!

Die Lücken, die dieser Koalitionsvertrag aufweist, sind größer als die, die er schließt!

Das Personal für die Bundesregierung, das die CSU für Bayern zusteuert, ist eine großartige Auswahl an Beispielen für Inkompetenz in der CSU. Alexander Dobrindt hat bereits als Verkehrsminister bewiesen, dass er in Verantwortungsposition lieber verschleiert, als Probleme anzugehen. Alois Rainer ist für Tierschutz und Landwirtschaft zuständig, obwohl er in dem Ausschuss bisher nie Mitglied war. Bereits mit seiner ersten Forderung zur Absenkung der Fleischpreisen hat er

46 gezeigt, dass Tierschutz und gute Arbeitsbedingungen für ihn als Metzger keine
47 Rolle spielen und er Landwirt*innen weiter ausbeuten will. Und als krönenden
48 Abschluss bestimmt Dorothee Bär über die Forschungsschwerpunkte und bekommt als
49 Hauptaufgabe, die Raumfahrt in Deutschland voranzubringen. Wie weit die CSU von
50 den realen Problemen entfernt ist, lässt sich an der Personalwahl und
51 Schwerpunktsetzung gut erkennen. Die CSU setzt auf Populismus statt
52 Fachkompetenz, Lobbyfreundlichkeit statt Gemeinwohl und Imagepflege statt echter
53 Lösungen. Darum müssen wir jetzt umso lauter und unbequemer sein, damit wir
54 sowohl auf der Straße als auch in den Parlamenten gemeinsam ein Gegennarrativ zu
55 dieser rückwärtsgewandten Politik gestalten!

56
57 Menschenrechte statt rechte Menschen!

58
59 Wenn der designierte Vorsitzende der Unionsfraktion Jens Spahn sich der AfD
60 anbietet, wenige Tage bevor diese vom Verfassungsschutz als gesichert
61 rechtsextremistisch hochgestuft wird, ist das kein Ausrutscher - es ist ein
62 Symptom! Ein Symptom einer gefährlichen und bewussten Diskursverschiebung nach
63 rechts, in der rechte Hetze normalisiert wird, rechte Narrative übernommen
64 werden und unsere Demokratie immer weiter angegriffen wird - während die AfD
65 sich immer noch weiter radikalisiert. Konservative schauen weg oder rücken
66 selbst nach rechts. Das ist brandgefährlich für unsere Demokratie, denn wer
67 Rechten immer nur hinterherrennt, macht sie am Ende nur stärker.

68
69 Darum ist für uns klar: Die Prüfung für ein Verbotsverfahren der AfD muss
70 schnellstmöglich eingeleitet werden, Demokratiefeind*innen müssen aus dem
71 Staatsdienst entfernt werden und die Finanzierung dieser gesichert
72 rechtsextremen, demokratie- und menschenrechtsfeindlichen Partei durch
73 Steuergelder zur Destabilisierung unseres Staates muss eingestellt werden!

74
75 Es ist die Aufgabe aller Demokrat*innen, sich Rechtsextremen entgegenzustellen
76 und mit echten Lösungen statt dem Wiederholen von Nicht-Lösungen für eine
77 sozialgerechte sowie zukunftsfähige Politik zu werben!

78
79 Gemeinsam für linke Solidarität kämpfen!

80
81 Wenn nur noch über Scheinlösungen diskutiert wird, Politik für Konzerne statt
82 Menschen gemacht wird und die neue Regierung Fortschritt rückabwickeln will,
83 dann müssen wir Gerechtigkeit von links erkämpfen! Als GRÜNE JUGEND Bayern
84 zeigen wir klare Kante gegen menschenfeindliche und rückwärtsgewandte Politik
85 der bayerischen Landesregierung sowie der CSU im Bundestag. Außerdem sehen wir
86 es als klare Aufgabe von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag diese Aufgabe
87 ebenfalls wahrzunehmen und ambitionierte Konzepte für Klimaschutz vorzulegen,
88 soziale Gerechtigkeit als zentrales politisches Anliegen zu vertreten und den
89 gesellschaftlichen Druck für eine zukunftsfähige Politik von links zu erhöhen!

90
91 Aber Veränderung wächst nicht in Hinterzimmern mit wenigen, sondern sie wächst
92 von unten durch viele! Darum organisieren wir uns vor Ort und in ganz Bayern
93 durch Bündnisarbeit mit Gewerkschaften, Bewegungen und Menschen und kämpfen für
94 linke Solidarität.

95
96 Wir kommen mit den Menschen und Organisationen in den Austausch, die von der

97 neuen Regierung nicht gehört werden, stehen ihnen zur Seite und zeigen
98 Solidarität durch konkrete Unterstützung vor Ort! Denn wo Solidarität praktisch
99 wird, verlieren Rechte den Nährboden. Wo wir soziale Gerechtigkeit erlebbar
100 machen, zerschlagen wir die Grundlage für faschistische Politik. Wir kämpfen für
101 eine Überwindung der sozialen Ungleichheit, den sozialen Aufbruch Richtung
102 Klimaneutralität und eine Politik, die alle Menschen mitdenkt sowie
103 mitentscheiden lässt. Denn wir wollen Gerechtigkeit erkämpfen, nicht erbetteln!

Begründung

erfolgt mündlich